

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

252 (27.10.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434758](#)

54. Jahrgang

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis bei Versandung für einen Monat einschließlich 5.00 Mark, bei Abholen von der Expedition 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierzehn Tagen 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark auszahl. Beleger.

Kedublik

Preis 25 Pf.

Bei den Inseraten wird die einheitliche Kleinsäule oder deren Raum für die Interessen in Bürgern-Wilhelmshausen und Umgegend, sowie die Plätze mit 1.00 Mark berechnet, bei Werbeplakaten entsprechender Rabatt. Reklamepreise 4.-10. Plakatvertreter unverbindlich. Großige Interesse vorher erheben.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76.
Fernsprecher Nr. 28

Rüstringen, Mittwoch, 27. Oktober 1920 * Nr. 252

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 1865

Wohltätigkeit und alldeutscher Partegeist

Aus Berlin wird uns geschrieben: Kürzlich ging durch die deutsche Presse die Bekanntgabe des Stadtholmer linksradikalen Bürgermeisters Lindhagens, daß bei Auswahl der deutschen Kinder, die zum Herrenauslaufnahmen nach Schwerin geholt wurden, die Kinder der Intelligenz, des Mittelstandes und der deutschen Wehrbevölkerung bevorzugt worden waren, aus Kosten der Kinder der „unabhängigen“ Sozialisten. Von deutscher Seite wurde eine Auskunft der Kinder nach deutscher Gesichtspunkten bestritten, man war sich aber allgemein darüber einig, daß eine solche Handlungswelle unbedingt zu verurteilen sei, auch die nationalistische Presse ließ darüber keinen Zweifel. Warum verdrückt oder die nationalistische Presse, daß in den Reihen ihrer eigenen Gefolgsmittel noch weit ärger gefündigt worden ist. Schon im Sommer des vorigen Jahres konnte man in der Presse bei Bündnis der Landwirte wiederholt Aufrufserungen an die Landwirte richten, in Zukunft keine Kinder mehr aus den großen Städten, diesen Brüderköpfen der revolutionären Partei, als Herrenkolonisten aufzunehmen. In diesem Jahre hat man den aus Hof gegen die Städte über die Kinder der Arbeiter- und Bürgerstandes verhängten Verbott in die Wirklichkeit umgesetzt. An deren Stelle hat man in einer Reihe von Extraktien die Kinder der politischen Gefüllungsklassen aus Österreich, der Altbürgertum und Antisemiten, kommen lassen. Formell erging die Aufsicht des engen Vorstandes des Bundes der Landwirte an: „Das deutsche Landvolk in Österreich“ — also auch hier wurde die deutsche Bevölkerung der Städte vom Vormherren ausgeschaltet — eingeladen wurde „eines oder mehrere Kinder deutscher Österreicher bei den Landwirten im Deutschen Reich auf mehrere Wochen in Pflege zu geben“. Das es sich dabei aber — ganz abgesehen davon, daß auch in Österreich die Kinder von Landwirten zwölft am allgemeinsten einer solchen Erziehungsfürst: bedurften — um eine ausgesprochene politische Ansicht handelt, geht schon aus den Reiseberichten, die in der Deutschen Zeitung (8. 8.) über diese österreichischen Herrenkolonisten veröffentlicht wurden, hervor: es werden da die Kinder einer Reihe von belasteten aldbürgertum-antisemitischen Parteikneibern in Österreich, wie des Nationalsozialisten Dr. Stroffel, des Vorsteckmannes Dr. Umlauf und des österreichischen Geschäftsführers Seifer, als Teilnehmer ... dieser Ferienfahrt nach Deutschland namentlich aufgeführt; die Leitung der Ferienzüge hatten alledeutsche Funktionäre übernommen.

Und was ist nun die Folge dieser eigenartigen Verbindung von Wohltätigkeit und politischer Andacht gewesen? Die Zentralstelle zur Unterbringung deutscher Kinder in der Schweiz, die es gestellt war, in dreiviertel Jahren rund 15.000 reichsdeutsche Kinder in der Schweiz unterzubringen, hat jetzt mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, auch weiter deutschen Kindern in der Schweiz Unterkunft und Verlegung zu verschaffen. Die Schweizerische Bevölkerung hat sich mit Riedt, worauf ein Aufschluß im Schwyzerischen Merkur (2. 8.) hinweist, daß es Pflicht der deutschen Landwirte wäre, sich in allererster Linie der deutschen Kinder anzunehmen. Darauf, daß der Bund der Landwirte Wohltätigkeit und Politik verknüpft, ist jetzt das ganze von dem schweizerischen Zentralkomitee zur Bindung des Kinderschutzes und von der Zentralstelle zur Unterbringung der Kinderstelle zur Bindung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in Halle a. S. fast vollständig in Trost gestellt worden.

Hat sich der Bund der Landwirte dann gar nicht überlegt, welche gesetzlichen Konsequenzen dieses Vorgehen seitens könnte, wenn die Werke der Vormbergereit auf den Kindern in Zukunft nicht mehr nach der Bedürftigkeit, sondern nach dem politischen Wohlbehörden der Väter bemessen werden. Wie, wenn z. B. die Juden, deren grüßt nicht auf die Pragmatik angewandte Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft doch auch von ihren ärgsten Gegnern oft genug rühmend anerkannt worden ist, in Zukunft, wenn der Pragmatismus sie für verantwortlich erklärt, solche oder ähnliche Bedingungen stellen wollten? Ein Gefühl für Rechtlichkeit und Willigkeit, ihr normales soziales Empfinden, die ihnen schon durch die Vorschriften ihrer gerade jetzt wieder über gefestigten Religion zur Pflicht gemachte allgemeine Mäßigungstreiber, schließen die Möglichkeit solcher Bergemanagementsmaßnahmen glücklicherweise, soviel möglich, in Deutschland aus. Am Auslande freilich darf man hierüber weniger anders, und zwar ganz unabhängig von der sozialen oder totalitären Parteifrage des einzelnen. Erst kürzlich veröffentlichte die Königsberger Zeitung die Zulassung eines in New York lebenden und in Deutschlandtreuen Kreisen angelehnten deutschen Arztes, der unter anderem bemerkte: „Wir haben Sammlungen zur Unterhaltung der deutschen Universitäten veranstaltet, über der drüben herrschende Antisemitismus schadet den Leuten und verleiht uns das Sorgenkind“. Also nicht nur die leibliche, auch die geistige Nahrungs wird uns durch das Überhaupt des sozialen und politischen Weltuntergangs auf Reisen (19. 8.) berichtet ferner ein „Mitteleuropäer auf Reisen“ über die Tötlichkeit des künftigen Komites in New York, das sich aus Anglizismen, Puritanismus, Suffizianismus und Ähnlichem zusammensetzt: Man fragte dort eingehend den Ve-

Deutsch-nationale Herrschgeliuste.

In Hannover wurde gestern der Deutsch-nationalen Partei mit einem Kundgebungstelegramm an Oldenburg eröffnet. Die Begrüßungsrede des früheren Staatsministers Hergt und andere bewegten sich im älteren rechtskonservativen Kreise. Bremer mußte wieder zur Stellung kommen. Von Bremer aus wollte man dann das Reich erobern. Chefredakteur Becker immer der Deutschen Tagesszeitung lädt auf: „Versuchen hat immer die besten Rüste und Streitkunst an sich gesogen. Das beweist seine Geschichte. Die Geschichte Preußens von 1811 an ist die glänzendste Geschichte, die jemals ein Herrscherland gemacht hat. (Minutenlanger Beifall, Lärm, Gelächter.) Es wird der Tag kommen, wo es wieder heißen wird, ein Reich, ein Volk, ein Kaiser. (Großer Beifall.)“ — Kraatz wurde eine Entschließung eingebracht und einstimmig angenommen, die sich vor allem gegen die Verschärfung Preußens wendet und schwere Strafen in Preußen fordert. Schon bezeichneten waren die Ausführungen des bayrischen Justizministers Roth. Dieser bemerkte: Die Erbauung in Bayern werde gefügt durch die Einwohnerwohnen. Wie brauchen in Bayern die Einwohnerwohnen, nicht nur für uns, sondern auch für das Reich. Nicht so lange wie sie brauchen, lassen wir nicht davon abbreiten. Komme, was da will. Man müßte, um ein einheitliches Schlagwort zu gebrauchen, nämlich an den Abbau der Reichsgesetzgebung herangehen. Auch die Bonnwindischen badischen Wallen in Preußen, die dringend nichts fehlen, verabschieden, als es in Preußen geschieht.

Die Herren des bayerischen Ministeriums haben natürlich stämmischen Beifall des deutsch-nationalen Bollwerks.

Der Streik in Bremen.

In Bremen haben gestern mit den Stadtarbeiten Verhandlungen stattgefunden. Ein Berichtigungsvorschlag wurde abgelehnt. Die Streikleitung verleiht ein Blasphem, in dem es u. a. heißt: Der Besoldung Bremens geben wir bekannt, daß die Erzeugung der elektrischen Kraft und Licht von freiwilligen und disponierenden Streikbewertern erfolgt. Wie das kann, wenn das Unternehmen zu der wertvollsten Besitzerschaft Bremens, die keine gemeinsame Stadt mit dem Streikbezirk machen und es ableben wird, Kraft, Licht, Gas und Wasser, welches

Deutschland und der englische Streik.

In Berlin äußerte sich heute morgen Otto Hurek an dem englischen Bergarbeiterstreik: Deutschland, so bemerkte er, könne nur eine heilige Erziehung des englischen Bergarbeiterkreises wünschen. In gezeigten Fällen würden die deutschen Bergarbeiter Solidarität über. Hurek erklärte, der Vorstand des alten Bergarbeiterverbands, erklärte, daß die britischen Kameraden angemessen gar nicht wollen, daß die deutschen Bergarbeiter durch einen Sympathietausch unterscheiden. Die Erzeugung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen verlangt, daß die deutschen Bergarbeiter solange Gewerke bei Fuß stehen, bis sie im Kampfe stehende Organisationen an die Internationale des Gewerbes gerichtet haben, aktiv mit einzutreten. An diesem alten Brauch sollte auch jetzt festgehalten werden. Die deutschen Bergarbeiter würden allerdings darüber machen, daß die deutsche Rechte, die wir zwangswise an die Engländer zu liefern haben, nicht

richterstatter des Wiener Blattes, wie es in Wien mit dem Pragmatismus finde, um demgemäß keine Entscheidungen zu treffen. Indes haben sich auch die amerikanischen Juden, bislang wenigstens, in ihrer Gewerkschaftsvereinigung, die antisemitischen Strömungen in Deutschland und Österreich nicht beeinflussen lassen. Die von James Speer ins Leben gerufene Gütaftaft hatte bis Juli dieses Jahres allein schon über 400.000 Dollar ergeben, und eine einzige Streiksammlung in New York, veranlaßt von einem Komitee, an dessen Spitze der bekannte Deutschamerikaner Dr. Emanuel Dorfman, Andrew Carnegie und J. P. Morgan standen, drohte ebenfalls 1½ Millionen Dollar.

Alle diese Hilfsaktionen müssen aber naturgemäß durch ein Vorgehen, wie es den Herrenkämpfern des Bundes der Landwirte beliebt ist, auf die Dauer auf das empfindlichste gefährdet werden. Ein innerpolitisch hoher und Streit haben wir in den letzten Jahren reichlich genug gehabt. Es steht gerade noch, daß auch in der Werke der Vormbergereit noch, daß auch in der Werke der Bergarbeiter nicht mehr möglich ist, daß die deutsche Rechte, die nach außen hin gleichzeitig als Widerstand der Wehrheit der Bergarbeiter ihren Willen aufzuzeigen, die sollte sich immer der Wehrhaftigkeit und der Opposition zwischen Spielraum gewähren! Wer als Regierung die Macht zur Praxis erhält, der ist gezwungen, in seinem Dienst alle Mittel einzusetzen, um die Tür zu öffnen. Wie der nationalsozialistische Terror so in erster Linie die Demokratie in den vier Wänden mittels einer Illusion. Man sollte sie präzise vor: Eine Partei, die nach außen hin gleichzeitig als Widerstand der Wehrheit der Bergarbeiter ihren Willen aufzuzeigen, die sollte sich immer der Wehrhaftigkeit und der Opposition zwischen Spielraum gewähren! Wer als Regierung die Macht zur Praxis erhält, der ist gezwungen, in seinem Dienst alle Mittel einzusetzen, um die Tür zu öffnen. Und er sollte sie auf die Wehrhaftigkeit einer anderen denenden Opposition in der Partei übertragen, während er doch die Mittel hat, diese Opposition ebenso rücksichtslos wie die Wehrhaftigkeit der Bergarbeiter an die Wand zu treiben! Das glaubt, wer kommt? Sicher, hat die Geschichte gezeigt, daß nicht der un-

auf Umwegen von Frankreich nach England komme. Sobald dies geschieht, ist, gäbe es Mittel und Wege, dies zu verhindern. Dazu kommt in erster Linie der Appell an die Transportarbeiter und Eisenbahngesellschaften. Die deutschen Arbeiter müssen auf keinen Fall zu Streiktretern und Streitkämpfern an der englischen Arbeiterschaft werden. Der Sieg der britischen Bergarbeiter sei auch der Sieg der deutschen Bergarbeiter und ihre Niederlage sei auch die Niederlage der deutschen Bergarbeiter.

Aus London wird heute gemeldet: Die Lage im Kohlenkreis hat eine günstige Wendung genommen. In der zweitwöchigen Konferenz am Sonntag, der auch Bonar Law und andere Minister beimessen sind, erzielte Fortschritte gemacht worden. Die Regierung soll sich bereit erklären, eine sofortige Rohstoffförderung zu 2 Schilling einzutreten zu lassen. Die Bergarbeiterleitung soll als Aushilfe dafür die Verpflichtung übernehmen, die Förderung zu erhöhen. Heute sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

Der König von Griechenland †.

Wie heute aus Athen gemeldet wird, ist der König Konstantin von Griechenland gestern gestorben. Der Tod trat ein als eine Folge der Bluterkrankung, die sich der König durch den Schuß des Afens zugesetzt hatte, den er von seinem Hund abwehren wollte. Der König wurde sein Sohn sein, vorausegestellt, daß es nicht andere Bewebsungen eintreten. In Wirklichkeit ist Griechenland nichts anderes als eine Republik mit einem König an der Spitze. Konstantin war so unglaublich der junge Mann des im Kriege sehr bekanntgewordene Ministerpräsidenten Venizelos.

Differenzen in Brüssel.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß gestern das gegenwärtige Regierungskabinett beschlossen, dem König einen Rücktritt anzubieten. Das Kabinett tritt gemeinsam zurück. Möglich, daß der König es nur bestätigt.

Ein Minister totgeschlagen.

Nach einer heutigen Presse ist dort gestern bei der französischen Justizministerie Reiß im Zentrum der Stadt von einem Automobil überfahren worden. Der Tod des Ministers trat auf der Stelle ein.

Moskaufreunde in Schweden.

In Stockholm sprach sich gestern nach hämischer Debatte eine Konferenz der schwedischen Linksdemokraten für die Annahme der 21 Moskauer Bedingungen aus. Da keine absolute Mehrheit vorhanden kam, soll eine Abstimmung über für oder wider entscheiden.

Kassenräuber.

Auf dem Bahnhof-Schwarta in Sachsen forderten gestern abend mächtige und bewaffnete Männer die Auslieferung der Bahnbefreiung. Angeführt der Schläger bildet den Beamtentritt nichts weiter übrig, als die Kasse aufzuliefern. Die Täter sind entkommen.

„Holl“ eingezogen. Wo statt des prinzipsiellen demokratischen Terrors? Aber es ist doch nicht als eine hohe Illusion, daß derjenige, der den Terror als Waffe anwendet, das Wohl seiner Amtswidder bestimmen und festlegen kann. Eine Tat erzeugt hier die andere. Der Terror gleicht dem logischen Schach König Holls, das, einmal aus der Scheide gezogen, lebendig wird und seinen Tröger zum Heilen Werden bringt, das schließlich, wenn es nichts mehr zum moorden findet, seinen neuen Tröger durchsetzt. Es mag rationelles Ziel oder rationelles Zertifikat geben, aber rationierten Terror gibt es nicht. Wenn ein einmal ausgelöst und immobiliert würde, der wird von seinen eigenen Anhängern zum Hochschaufenster gewonnen oder bestiegt. Vergleiche das Schach Donizios in der großen französischen Revolution. Wenn Grapies offen den Terror von Holl zu fördern predigt, so ist das nur seine Goldschatz eines Mannes, der tödlich ist, aber sich nicht rettet, zu terrorisieren.

Wichtig verhält es sich mit dem Erscheinen, den einen Tag später Dittmann in Halle um „Die Demokratie im Sozialismus“ aufgeführt hat. Er, wie die meisten seiner Schülerschaften, eine Theorie für sich zu entwickeln, daß man durch das Befolgen der Prinzipien der Demokratie nicht zu verlassen braucht, die Demokratie im Sozialismus bleibt dauernd Gemeinschaft unserer Auffassung“, verlädt Dittmann. Die Diktatur des Proletariats ist nur für eine Nebenperiode gedacht. Es ist dies vielleicht gewiß eine Goldschatz, die sie das Deutschen Programms der II. C. P. entsprechen. „Demokratie im Sozialismus, d. h. Demokratie für den Menschen innerhalb der Partei, nicht ob die Partei ein Hausmittel für den Menschen in den eigenen vier Wänden nicht, das man verkleugnen kann, sobald man der Hut aufzieht und vor die Tür geht.“ Wie der nationalsozialistische Terror so in erster Linie die Demokratie in den vier Wänden mittels einer Illusion. Man sollte sie präzise vor: Eine Partei, die nach außen hin gleichzeitig als Widerstand der Wehrhaftigkeit der Bergarbeiter ihren Willen aufzuzeigen, die sollte sich immer der Wehrhaftigkeit und der Opposition zwischen Spielraum gewähren! Wer als Regierung die Macht zur Praxis erhält, der ist gezwungen, in seinem Dienst alle Mittel einzusetzen, um die Tür zu öffnen. Und er sollte sie auf die Wehrhaftigkeit einer anderen denenden Opposition in der Partei übertragen, während er doch die Mittel hat, diese Opposition ebenso rücksichtslos wie die Wehrhaftigkeit der Bergarbeiter an die Wand zu treiben! Das glaubt, wer kommt? Sicher, hat die Geschichte gezeigt, daß nicht der un-

Magistrats- und Gesamtstadtversammlung.

Rüstringen, 26. Oktober.

Sitzung vom 26. Oktober 1920.

Die politische Sitzung des Stadtrates war nur kurz. Neben einigen kleineren Vorlagen wurde die Gewerbesteuer in erster Sitzung erledigt. Als erster Punkt stand die Beleidigung des Gemeindefinanzierungsvertrages auf der Tagesordnung. Zum zweiten Punkt. So Ausgaben sind, nach Decret sein, so kann es auch nicht die Steuern zu bestimmen. Die Regel der Zinsen stimmt zum Handeln. Bei untersetzten Freuden von links ist es anders. Bei ihnen gilt das Wort: Und siehe da, sie redeten. Und was war es? Wie nutzlos unvollständig war das Wort Goethes deuten: Mein Freund, die Kunst ist alt und neu — Es war die Zeit zu allen Zeiten — Durch Frei und Eins und Eins und Frei — Frei — Freiheit Wohlfahrt zu verbreiten. — So schreibt und lebt man ungestört; — Wer will mit Wörtern sich beschreiben? — Gewöhnlich plaudert der Mensch, wenn er nur Worte hört — Es müßte sich doch auch etwas bewegen lassen.

In den Gesetzesanträgen der unabhängigen Philosophie etwas nicht hineingebürgert, wäre genau so ein dreieckiges Bagatelle, wie das jenes Schriftstellers, der die Sonnenstrahlen in der Mousalle erwischen wollte, um das Haus ohne Fenster mit Licht auszufüllen. Schwamm darüber.

Doch Gründung der Sitzung teilte der Vorsitzende Ritter mit, daß ein Dringlichkeitsantrag auf Billigung von Weitern zur Unterstützung der Versammlung von Rüstringen eingestellt ist. Verhandlungen gegen die Dringlichkeit werden nicht erlaubt.

Behandlung des steuerfreien Einkommens. Der noch Stadt zugewiesene Vorlage entnehmen wir folgendes: Der noch 20 des Einkommensteuergefeches vom 29. März 1920 steuerfrei Einkommensteuer der in der Stadt Rüstringen Einkommensteuerpflichtigen unterliegt der Besteuerung durch die Gemeinde. Von der Gemeindebeuer sind beiwillig: Verkehrssteuer und ihre Unterhaltspflicht über erfüllende Einkommensteuerpflichtige — letzter, sofern der nach § 20 Abs. 1 des Einkommensteuergefeches anzuerkennende Betrag nicht unter 500 RM. beträgt —, dessen steuerloses Einkommen im Sinne der §§ 44—18 des Einkommensteuergefeches 8000 Mark und darunter beträgt. Bei Einkommensteuerpflichtigen mit einem steuerfreien Einkommen von 10 000 RM. und darüber darf der steuerfreie Einkommensteuer der 10 000 RM. für jede zweite und weitere zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person zur Gemeindebeuer nicht herangezogen werden.

Die Gemeindebeuer werden von dem steuerfreien Einkommensteuer nicht herangezogen werden bei einem steuerbaren Einkommen

von über 8000 RM. bis einschl. 7000 RM.	10 Proz.
7000 - - - - 6000	11 -
6000 - - - - 5000	12 -
5000 - - - - 4000	13 -
4000 - - - - 3000	14 -
3000 - - - - 2000	15 -
2000 - - - - 1000	16 -
1000 - - - - 500	17 -
500 - - - - 250	18 -
250 - - - - 0	19 -

Die zu entrichtende Gemeindebeuer beträgt bei einem steuerfreien Einkommen

über 6000 RM. bis einschl. 7000 RM.	10 Proz.
7000 - - - - 6000	11 -
6000 - - - - 5000	12 -
5000 - - - - 4000	13 -
4000 - - - - 3000	14 -
3000 - - - - 2000	15 -
2000 - - - - 1000	16 -
1000 - - - - 500	17 -
500 - - - - 250	18 -
250 - - - - 0	19 -

Bei einem steuerfreien Einkommen von 20 000 RM. und darüber wird der § 21 des Einkommensteuergefeches sich ergebende höchste Prozentsatz erhoben. — Der Prozentsatz darf bei Personen, die nach dem Einkommensteuergefech nicht einkommensteuerpflichtig sind, 10 Proz. für einkommensteuerpflichtige Personen den höchsten Prozentsatz nicht übersteigen, mit dem sie auf Grund des § 21 des Einkommensteuergefeches zur Einkommensteuerpflichtigen sind. — Die vom Steuerpflichtigen der ersten Einkommensgruppe (Art. 41 6—7000 RM.) zu zahlende Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Für das Steuerjahr 1920 wird demnach Besteuerung des Reichsministers der Finanzen vom 28. 5. 1920 (R. M. S. 1117) die Gemeindebeuer von der Hälfte der reichssteuerfreien Einkommenssteuer erhoben. — Bei denjenigen Steuerpflichtigen, bei denen Einkommensteuerabzugung ein steuerfreies Einkommensteuer von 10 000 RM. und darüber berücksichtigt wird, wird der steuerfreie Einkommensteuer voll zur Gemeindebeuer herauf-

gesetzt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzureichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Gemeindebeuer wird demnach Besteuerung des Reichsministers der Finanzen vom 28. 5. 1920 (R. M. S. 1117) die Gemeindebeuer von der Hälfte der reichssteuerfreien Einkommenssteuer erhoben. — Bei denjenigen Steuerpflichtigen, bei denen Einkommensteuerabzugung ein steuerfreies Einkommensteuer von 10 000 RM. und darüber berücksichtigt wird, wird der steuerfreie Einkommensteuer voll zur Gemeindebeuer herauf-

gesetzt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzureichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Gemeindebeuer wird demnach Besteuerung des Reichsministers der Finanzen vom 28. 5. 1920 (R. M. S. 1117) die Gemeindebeuer von der Hälfte der reichssteuerfreien Einkommenssteuer erhoben. — Bei denjenigen Steuerpflichtigen, bei denen Einkommensteuerabzugung ein steuerfreies Einkommensteuer von 10 000 RM. und darüber berücksichtigt wird, wird der steuerfreie Einkommensteuer voll zur Gemeindebeuer herauf-

gesetzt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

Niedersächsisches Finanzamt. Rüstringen, den 26. Oktober 1920. — Die Gemeindebeuer wird nur in der Höhe erhoben, in der das steuerfreie Einkommen des Steuerpflichtigen das Betrag von 6000 RM. übersteigt.

Die Einkommensteuer aus dem Ges. Jahr-Rat für den Winter 1920/21 soll erst vergeben werden. Angabe sind bei der Gründungsverwaltung des Amtes Wilhelmshaven, Postfach 78, Zimmer 50, bis zum 15. 11. 20 einzereichen.

gezogen. — Die Gemeindebeuer wird in Höhe der in § 20 des Einkommensteuergefeches vorgeschriebenen Abgaben erhoben. — Die Bestimmungen zu Art. 2 dieser Besteuerung gelten im übrigen auch hier. — Die nach dieser Besteuerung zu erledigende Gemeindebeuer erhöht sich in den Fällen, in denen auf Grund der §§ 38 und 44 des Einkommensteuergefeches die Einkommenssteuer verschafft wird, in dem gleichen Verhältnis wie die Einkommenssteuer verschafft wird. — Die Bestimmungen des Einkommensteuergefeches sowie der Reichsabgabenordnung tragen hier mit dem Besteuerungsergebnis zusammen. — Die Besteuerung der Einkommensteuergefeches sowie Anwendung. — Diese Besteuerung ist nicht mit dem Besteuerungsergebnis vom 29. März 1920 in Kraft getreten.

St. M. Groenewold: Die Vorlage liegt bereits dem Stadtrat zum vierten Male vor, doch kann man sich sagen, daß sie schöner geworden ist. Als uns Oberbürgermeister Dr. Lüken letzterzeit die Vorlage begründete, sollte die Steuer 34 Millionen Mark einbringen. Nachdem jetzt davon geschränkt ist, sollen doch mit einem Ertrag von 18 Millionen Mark rechnen können. Doch wie kommt die Stadtkasse an 18 Millionen Mark zu bestehen? — Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung der Einkommensteuergefeches wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Die Vorlage liegt bereits dem Stadtrat zum vierten Mal vor, doch kann man sich sagen, daß sie schöner geworden ist. Als uns Oberbürgermeister Dr. Lüken letzterzeit die Vorlage begründete, sollte die Steuer 34 Millionen Mark einbringen. Nachdem jetzt davon geschränkt ist, sollen doch mit einem Ertrag von 18 Millionen Mark rechnen können. Doch wie kommt die Stadtkasse an 18 Millionen Mark zu bestehen?

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen. — Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen. — Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen wird, um die Einkommensteuer wieder einzuführen.

St. M. Groenewold: Ich beantrage deshalb, daß die Besteuerung wieder aufgenommen

